

Vorwort

Weil Europa sich ändern muss – deshalb dürfen wir jetzt nichts tun, was die Staaten und den Kontinent in der falschen Sicherheit wiegen würde, es könne alles so bleiben, wie es ist. So würde ich den Titel dieses Buches ergänzen. Zugleich gilt: Europa muss sich ändern, ja – aber es muss sich selbst dabei treu bleiben. Und es darf die guten und nach wie vor gültigen Gründe für die Einigung des Kontinents nicht vergessen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Europa zum Friedensprojekt – angesichts der längsten Friedensperiode der europäischen Geschichte so erfolgreich, dass es heute schon fast zu einem Problem in der Außen- und Sicherheitspolitik wird, wie selbstverständlich uns Europäern der Frieden geworden ist. Europa ist zugleich ein Freiheitsprojekt geworden. Es war nicht zuletzt die Verankerung in Europa, die die Demokratie in Deutschland erstmals dauerhaft gelingen ließ. Es war der politische Druck aus Europa heraus, der die Diktaturen im Süden – in Griechenland, in Spanien und in Portugal – zu Fall brachte. Und es war auch die Anziehungskraft des freien Europas, die nach 1989 das Zusammenbrechen der kommunistischen Unrechtsregime in Mittel- und Osteuropa beförderte und dazu führte, dass es dort zu demokratischen Reformen kam.

Im 21. Jahrhundert ist Europa nun auch ein Globalisierungsprojekt. Wir müssen das in all seinen Konsequenzen begreifen: Nur ein wirklich vereintes Europa wird in der heutigen und vor allem in der künftigen Welt die uns wichtigen und uns prägenden Werte wirksam einbringen können. Die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Ordnungen ist heute weltweit unbestritten. Aber die Frage ist, ob sie mit Demokratie, Menschenrechten, der »rule of law« und sozialer wie ökologischer Nachhaltigkeit verbunden ist – das ist Europa, das ist das westliche

Wenn sich unser Modell in der globalisierten Welt durchsetzen soll, müssen wir seine Überlegenheit beweisen.

Modell. Und diese Frage ist global noch nicht entschieden. Wenn sich unser Modell in der globalisierten Welt durchsetzen soll, müssen wir seine langfristige Überlegenheit beweisen. Das kann nur ein einiges und handlungsfähiges Europa. Nur in guter geistiger und wirtschaftlicher Verfassung,

als Kontinent von Innovation, Wissenschaft und Technik, werden wir unseren Beitrag leisten können zur Beantwortung der globalen Nachhaltigkeitsfragen. Und nur tiefer integriert und in guter institutioneller Verfassung werden wir mit neuen Formen von Governance das nötige Miteinander in dieser Einen Welt inspirieren können.

Ein Europa, das so werden will, hat noch viel zu tun – von einer wirklich gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zu einer intelligenten europäischen Energiepolitik. Aber vor allem und zuerst muss Europa die gegenwärtige Krise überwinden. Da sind wir auf einem guten Weg. Der Weg heißt: Hilfe gibt es nur zur Selbsthilfe, Solidarität nur gegen Solidität. Die Ursachen der Krisen werden angegangen. Die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens werden verbessert, Staatshaushalte konsolidiert. Damit das in geordneten Bahnen geschehen kann, geben die Euro-Partner solidarische Überbrückungshilfe.

Dabei wissen wir alle: Dieses Europa, für das wir uns einsetzen, ist mehr als die EU oder der Euroraum. Und natürlich

ist Europa mehr als der Euro. Man könnte sagen: Europa *wird* mehr, als dass es *ist*. Europa ist ein Prozess immer neuer Ideen, stetiger Veränderung im Wettbewerb, produktiver Zweifel, von Machtteilung und Wandel statt betonierter Verhältnisse in Politik und Wirtschaft, in Gesellschaft und Wissenschaft, in Technik und Religion. In Europa rüttelt stets Rationalität an Traditionen und Gewissheiten. Europa ist eine große Vision, ein großes Streben und Sehnen nach Freiheit, nach Sicherheit, nach Stabilität, nach Rechtsstaatlichkeit, nach Wohlstand und nach Solidarität. Europa ist Vielfalt in Kultur und Geschichte. Diesen Kontinent hat der Wettbewerb der Gedanken und der Staaten auf vergleichsweise kleinem Raum zur Blüte geführt. Und jeder, dem die Künste etwas bedeuten, liebt die Vielfalt der europäischen Malerei, Literatur, Architektur, Musik.

Europa ist mehr als der Euro.

Gelegentlich wird uns unterstellt, mit unseren Bemühungen zur Lösung der gegenwärtigen Schuldenkrise wollten wir die europäische Vielfalt abschaffen. Das Gegenteil ist die Wahrheit: Wir wollen kein vereinheitlichtes Europa. Und wir wollen kein »deutsches Europa«. Wir verlangen nicht von anderen, »so zu leben wie wir« – dieser Vorwurf ergibt keinen Sinn, ebenso wenig die nationalen Stereotype, die ihm zugrunde liegen. Hier freudlose teutonische Arbeiter und Asketen, dort »dolce far niente« – das sind nichts als Zerrbilder. Die Anhänger solcher Stereotype sollten Umfragen aufhören lassen, nach denen sich die Menschen nicht nur im Norden, sondern auch im Süden Europas mit deutlichen Mehrheiten für Reformen und die Reduktion der Staatsausgaben und Schulden aussprechen, um die Krise zu überwinden.

Wir wollen kein vereinheitlichtes Europa. Und wir wollen kein »deutsches Europa«.

Ein »deutsches Europa« – das könnten am wenigsten die Deutschen selbst ertragen. Vielmehr wollen wir Deutschland in den Dienst der wirtschaftlichen Gesundung der europäischen Gemeinschaft stellen – ohne darüber selbst schwach zu

werden. Damit wäre niemandem in Europa gedient. Wir wollen ein starkes, ein wettbewerbsfähiges Europa. Ein Europa, in dem wir vernünftig wirtschaften und in dem wir nicht Schulden auf Schulden türmen. Es geht um gute Rahmenbedingungen des Wirtschaftens im globalen Wettbewerb und angesichts einer für ganz Europa herausfordernden demographischen Entwicklung. Das sind keine »deutschen Ideen«, sondern Gebote einer zukunftssichernden Politik. Wachstumsfreundliche Konsolidierung und Reformpolitik sind europäischer Konsens. Sie beruhen auf einstimmigen Beschlüssen der Mitgliedsstaaten.

Und diese Politik beginnt zu wirken. Die Wende zum Besseren ist geschafft. Das zeigen viele Daten. Und das werden wir mit einer Verzögerung auch auf den Arbeitsmärkten erleben. Um diese gute Entwicklung zu stützen, setzt Europa – und setzt Deutschland auch bilateral – zusätzliche Impulse für Wachstum und Beschäftigung, vor allem gegen die katastrophal hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Wir haben die politische Verantwortung, von diesem Weg nicht abzuweichen, jetzt, wo wir langsam beginnen, die Früchte unserer Arbeit zu ernten. Dabei nutzen wir durchaus die Flexibilität, die uns die europäischen Verträge erlauben, und betten die Haushaltsdisziplin ins jeweilige konjunkturelle Umfeld ein. Aber wir müssen uns weiter vor Fehlanreizen hüten. Wir dürfen in Europa nicht Strukturen schaffen, die dazu einladen, Verantwortung abzuwälzen, Risiken auf Kosten anderer einzugehen, den eigenen Beitrag zur Lösung der Probleme auf die lange Bank zu schieben. Staatsschulden zu vergemeinschaften oder konjunkturelle Strohfeuer zu entfachen mit Geld, das wir in Wahrheit nicht haben – das wären solche falschen Anreize.

Vertrauen wurde in den letzten Jahren auch durch institutionelle Verbesserungen wiedergewonnen – Verbesserungen, die in Europa die Wahrscheinlichkeit erhöht haben, dass wir künftig solide haushalten. Wir haben heute verbindlichere Re-

geln, nationale Schuldenbremsen und einen permanenten Krisenbewältigungsmechanismus, den ESM. Als nächstes schaffen wir eine Bankenunion, die die Risiken für den Sektor selbst wie für die Steuerzahler weiter reduzieren wird. Mit unserer Finanzmarktregulierung sind wir einem Zustand wieder näher gekommen, in dem die Haftung für Verluste wieder bei denen liegt, die zuvor auch die risikoreichen Anlageentscheidungen getroffen haben: Wer die Chancen hat, muss auch die Risiken tragen.

Ich kann mir an institutionellen Weiterentwicklungen in Europa noch einige mehr vorstellen – einschließlich der nötigen Änderungen der Verträge: etwa einen europäischen Haushaltskommissar, der nationale Haushalte zurückweisen kann, wenn sie den gemeinsam vereinbarten Regeln nicht entsprechen. Wir brauchen klarer verteilte Zuständigkeiten zwischen den europäischen Ebenen. So viel wie möglich an Zuständigkeiten muss dezentral bei Kommunen, Regionen, auch den Mitgliedstaaten bleiben. Aber das, was nur europäisch zu entscheiden ist, muss durch europäische Institutionen entschieden werden. So könnte sich die EU auf die Zuständigkeit für Handel, Finanzmarkt und Währung, Klima und Umwelt, Migration sowie Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren.

Dafür brauchen wir dann aber auch eine stärkere demokratische Legitimation der europäischen Institutionen und eine rechtsstaatliche Kontrolle aller dort getroffenen Entscheidungen. Deshalb habe ich mit anderen die Direktwahl des Kommissionspräsidenten immer wieder ins Gespräch gebracht. Die Entwicklung geht langsam in diese Richtung: Zur Europawahl im nächsten Jahr werden die großen europäischen Parteienfamilien mit gemeinsamen Spitzenkandidaten antreten – zugleich Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten. Mittelfristig sollte der Kandidat mit der größten Unterstützung im Europäischen Parlament von den Staats- und Regierungschefs als Kommissionspräsident akzeptiert werden. Für mich lautet das Ziel: eine echte – das heißt von den Bürgerinnen und

Bürgern Europas eindeutig legitimierte – Legislative, Exekutive und Judikative auf europäischer Ebene.

Die Zeit drängt, die Dinge in Europa zum Guten weiterzuentwickeln. Es gibt politischen Druck – auch Druck von den Märkten. Aber Europa kann nicht immer so schnell sein, wie wir uns das manchmal wünschen. Die Kompliziertheit der europäischen Entscheidungsstrukturen muss ich meinen Kollegen außerhalb Europas immer wieder aufs Neue erklären.

*Aber Europa kann nicht
immer so schnell sein, wie
wir uns das wünschen.*

Das liegt natürlich auch daran, dass unsere europäische Wirklichkeit nach wie vor stark von den einzelnen Nationen bestimmt wird.

Deshalb werden wir uns dem Ziel einer tieferen Integration Europas nur Schritt für Schritt, und auch nicht immer mit allen EU-Mitgliedsländern zugleich, und nicht immer sofort in institutioneller Rechtsetzung auf europäischer Ebene, sondern manchmal erst in intergouvernementaler Zusammenarbeit, pragmatisch, geduldig, aber beharrlich nähern können.

Dieser Weg hat auch sein Gutes. So lassen sich Fehler, die bei der Zusammenarbeit von Menschen immer vorkommen, besser korrigieren. Und auf diesem zwar mühsamen, aber dem vielfältigen Europa gemäßen Weg werden viele Gesichtspunkte zur Geltung gebracht. Da übersieht man nicht leicht etwas Wichtiges. Da sind am Ende die Dinge gründlich reflektiert und von allen Seiten beleuchtet. Dadurch bleibt Politik auch maßvoll, vermeidet Übertreibungen.

Doch bei allem Pragmatismus – über das Ziel sollten wir uns einig sein: Wir brauchen ein starkes Europa, damit die Europäer in dieser Welt sich verschiebender globaler Gewichte bestehen und die internationalen Fragen und Herausforderungen mitbeantworten können.

Europa macht große Schritte in diese Richtung. Europa wächst in der Krise zusammen. Für uns Europäer sind wir heute selbst unser tägliches Gesprächsthema. Wir reden mehr miteinander, wir interessieren uns mehr füreinander, wir wis-

sen mehr voneinander als jemals zuvor. Wir helfen einander. Wir einigen uns auf eine gemeinsame Politik. Europa wird sich in nicht ferner Zukunft daran erinnern, dass es in dieser Krise stärker und wettbewerbsfähiger geworden ist – weil Europa sich ändern musste.

Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister der Finanzen
im Januar 2013

Weil Europa sich ändern muss

Im Gespräch mit Gesine Schwan, Robert Menasse,

Hauke Brunkhorst

Springer VS (Hrsg.)

2015, XIV, 104 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-01391-2